



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

60. Sitzung (öffentlich)

13. April 2005

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

1 Dringliche Frage 1

Thema: Wie bewertet die Landesregierung den im „Spiegel“ geschilderten Sachverhalt, dass die DSK zunehmend Aufträge an Billigfirmen aus Mittel- und Osteuropa vergibt und dabei niedrigere Sicherheitsstandards in Kauf nimmt?

Schreiben des Abgeordneten Dr. Gerhard Papke (FDP) vom 11. April

- Antwort durch StS Dr. Walter-Borjans (MWA) 1
- Antwort durch StS Hennerkes (MVEL)..... 2
- Diskussion 2

- 2 Finanzierungsinstrumente für kleine und mittlere Unternehmen weiterentwickeln – Investitions- und Innovationsfähigkeit sichern7**
- Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/6312
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion.....7
 - Ergebnis.....7
- 3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe – Ergänzungsgesetz OWL8**
- Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/6477
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion.....8
 - Ergebnis.....9
- 4 Klimaschutz optimieren – Emissionshandel und Förderung regenerativer Energien umgehend harmonisieren9**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6494
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion.....9
 - Ergebnis.....11

5	Rechtswidrigen Zustand beenden – Keine Duldung von rechtswidrigen Windkraftanlagen in NRW	11
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/6579	
	• Diskussion.....	11
	• Ergebnis.....	15
6	Die Wirtschaftsförderung effizient gestalten	15
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/6714	
	• Diskussion.....	15
	• Ergebnis.....	16
7	EU-Chemikalienpolitik umsetzbar gestalten – Einfluss des Landes NRW endlich nutzen	16
	Antrag der Fraktion der CDU	16
	Drucksache 13/6715	16
	• Diskussion.....	16
	• Ergebnis.....	19
8	Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften.....	19
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6222	
	Ausschussprotokoll 13/1425 Zuschriften siehe Ausschussprotokoll	
	weitere Zuschriften 13/4844 und 13/4848	
	• Diskussion.....	19
	• Ergebnis.....	20

9	Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes	20
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6348	
	Ausschussprotokoll 13/1451 Zuschriften siehe Ausschussprotokoll	
	• Diskussion.....	20
	• Ergebnis.....	20
10	Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen „Konzentration und Erneuerung – die Politik der Landesregierung in der 13. Wahlperiode“	21
	Unterrichtung durch die Landesregierung Drucksache 13/6660	
	• Diskussion.....	21
	• Ergebnis.....	23
11	Aktuell eingeleitete Kontrollmaßnahmen in nordrhein-westfälischen Schlachthöfen und Fleischfabriken	23
	– Bericht der Landesregierung	
	• Bericht durch StS Dr. Walter-Borjans (MWA).....	23
	• Bericht durch LMR Dr. Deden (MWA).....	24
	• Diskussion.....	25
12	Ergebnisse des „Dienstleistungsbewerb Ruhrgebiet“	29
	Bericht der Landesregierung	
	• Bericht durch StS Dr. Walter-Borjans (MWA).....	29
	• Diskussion.....	31

13	Situation des Tourismus in NRW im Anschluss an die Tourismusbörse in Berlin	31
	Bericht der Landesregierung	
	• Bericht durch StS Dr. Walter-Borjans (MWA).....	31
14	Verschiedenes	33
	• Antikorruptionsgesetz/LEG.....	33
	• Dankesworte an den Vorsitzenden	33
	Nächste Sitzung: 25. April 2005 (Anhörung)	34

* * *

Diese Position könnte man daher Forderung des Landes beschreiben, damit diese in die Beratungen am 28. April in Brüssel einfließen könne.

Vorsitzender Dr. Helmut Linssen erkennt nach dem bisher Gehörten ein gemeinsames Anliegen und regt zur Mehrheitsfähigkeit des Antrags an, an drei Stellen „CDU-Fraktion“ durch „Landtag“ zu ersetzen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) meint, wenn in dem Antrag der CDU Untätigkeit seitens der Landesregierung unterstellt werde, könne der Antrag in der vorliegenden Form selbstverständlich nicht beschlossen werden, zumal soeben seitens der Ministeriums deutlich gemacht worden sei, was alles an Aktivitäten gelaufen sei. In den Sachfragen sei man sich zwar weitgehend einig, doch könne dem vorliegenden Antrag so nicht zugestimmt werden, auch nicht unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlages des Vorsitzenden.

Sodann lehnt der **Ausschuss** den Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

8 Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/6222

Ausschussprotokoll 13/1425
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

weitere Zuschriften 13/4844 und 13/4848

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen merkt an, dass der federführende Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung am 17. Januar 2005 dazu eine öffentliche Sachverständigenanhörung durchgeführt habe.

Christian Weisbrich (CDU) kündigt für seine Fraktion Ablehnung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung an, weil sie dazu keine vernünftige Kostenfolgenabschätzung durchgeführt habe. Von den befürchteten Kosten im zweistelligen Milliardenbereich rechneten allein Emschergenossenschaft und Lippeverband mit Mehrbelastungen von 4,4 Milliarden €. Das sei für Wirtschaft und Verbraucher unerträglich. Auf diese Weise werde der Standort restlos kaputt gemacht.

Außerdem enthalte das Gesetz zahlreiche Verordnungsermächtigungen, die es dem Ministerium erlaubten, am Parlament und an den Betroffenen vorbei zu handeln. Der Sachverhalt werde damit der parlamentarischen Kontrolle entzogen; das komme einem Blankoscheck für das MUNLV gleich, den seine Fraktion nicht ausstellen wolle.

Im Übrigen handele es sich bei dem Gesetzentwurf trotz der vorgenommenen Entschärfung im Vergleich zum Referentenentwurf um keine Eins-zu-Eins Umsetzung von EU-Recht. Seine Fraktion erkenne darin die systematische Politik des Ministeriums, die Dinge in Nordrhein-Westfalen zu verkomplizieren. Aus diesem Grunde werde man dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Reiner Priggen (GRÜNE) macht einen Verfahrensvorschlag für diesen und auch für den nächsten Tagesordnungspunkt: Da dieser Punkt heute Nachmittag im federführenden und der nächste morgen im federführenden Ausschuss behandelt werde, rege er daher an, die ausführlichen Debatten in die federführenden Ausschüssen zu legen.

Sodann empfiehlt der **Ausschuss** mit dem Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP dem federführenden Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung die Annahme des Gesetzentwurfes.

9 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/6348

Ausschussprotokoll 13/1451
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen schickt voraus, der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz habe zu dem Gesetzentwurf am 1. Februar 2005 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt.

Christian Weisbrich (CDU) bemerkt, auch dieser Entwurf gehe über die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes hinaus. Der § 62 – Biotopkartierung – sei laut Städte- und Gemeindebund nicht verfassungskonform. Die Landschaftsbeiträge aus Naturschützern und Naturnutzern würden deutlich aufgebläht. Das sei das Gegenteil von Bürokratieabbau. Ein eigener Antrag sei vorbereitet. Daher lehne man den Gesetzentwurf der Regierungskoalition ab.

Sodann stimmt der **Ausschuss** dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6348 mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu und empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz die Annahme.